

Lucerner Tagblatt

Freisinniges Organ

Hauptanzeigblatt für Stadt und Kanton Luzern

und die übrige Centralschweiz

Achtundvierzigster Jahrgang

Abonnementpreise:

12 Monate	6 Monate	3 Monate
Fr. 3.40	Fr. 2.00	Fr. 1.20

Die Post bezahlt die Expeditionen. Für Luzern zum Abholen Fr. 2.50. Einmalige Anzeigen nach Vereinbarung.

Einzelverkauf:

Die einseitige Zeitungs- oder Anzeigen-Abnahme: 5 Cts.
 Die einseitige Zeitungs- oder Anzeigen-Abnahme: 10 Cts.
 Die einseitige Zeitungs- oder Anzeigen-Abnahme: 15 Cts.
 Die einseitige Zeitungs- oder Anzeigen-Abnahme: 20 Cts.

Redaktions-Bureau: Baslerstrasse Nr. 11. Druckerei: Baslerstrasse Nr. 11. Expedition-Bureau: Baslerstrasse u. Kornmarkt.

Vor hundert Jahren.

21. Juni.

Der Kriegsminister beschwert sich über den französischen General Bécouard, der mit seinem Gefolge in Luzern auf Staatskosten ein sehr luxuriöses Leben führe. (Das Nähere ist demourde auch in einem die "Freie" kosten wird.)

Von der Friedenskonferenz.

Seit einem Monat arbeitet die Konferenz im "Busch" mit Ausschluß der Öffentlichkeit. Was von ihren Verhandlungen durchsickert, ist dürftig und entbehrt überdies der Zuverlässigkeit. In der Presse wird die Konferenz zum Teil mit einer etwas zu ostentativen Geringschätzung behandelt; vielleicht eine kleine Ausnahme oder auch eine natürliche Reaktion gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit. Etwa auffällig ist auch der Umstand, womit deutsche Blätter gegen die von der Agentur Reuters verbreitete Darstellung auftreten, als sprächen sich die Vertreter des deutschen Reiches gegen die positive Arbeit der übrigen diplomatischen Delegierten. Ueberhaupt hätte Deutschland von Anfang an mit der Auffassung oder dem Wortwort zu kämpfen, als arbeite das Reich der Friedensarbeit entgegen, weil es durch die gegebenen Verhältnisse auf ein starkes Heer und die Schwing seiner Flotte angewiesen ist. Unterstützt wurde diese Auffassung durch die Abordnung Professor Stengel's, welcher kurz vor dem Kongress in einer Broschüre den Friedensgedanken als hofflose Utopie behandelt hatte. Der Reich zeigte sich über diese Broschüre verstimmt, worauf Kaiser Wilhelm sich besaß, in seinem bekannten Witzbucher Laokön am Geburtstage des Jaren die Uebererinnung der Institutionen der deutschen und der russischen Delegierten hervorzuheben.

Es kann nach allem dem keinem Zweifel unterliegen, daß die Erreichung eines positiven Erfolges im Wunsch der beiden Herrscher liegt, und wo ein Wille ist, ist ein Weg. Viel eher als Deutschland dürfte daher England der Friedensarbeit abgeneigt sein, da das Inselreich in diesem Augenblick im Begriffe steht, über die parlamentarische Republik herzufallen. Auch liegen für England die Dinge so, daß es viel mehr auf eine mäßige als auf eine humane Kriegsführung bedacht sein wird.

Was in der Subkommission des Kongresses gearbeitet wird, ist natürlich als durchaus unrichtige Arbeit zu betrachten, so weit die Beschlüsse nicht einstimmig gefaßt werden. Eine gänzliche Uebererinnung in andern als Bagatelldingen aber ist unter obwaltenden Umständen kaum denkbar.

Als erster greifbarer Erfolg der Konferenz wurde vor einigen Tagen der Beschluß gemeldet, die Genfer Konvention von einer Durchsicht zu unterziehen. Selbstverständlich wird dies die Aufgabe einer besonderen Kommission sein. Die Ausdehnung der humanen Vorschriften auf den Seekrieg dürfte damit gefaßt sein, wenn auch vielleicht nicht in dem wünschbaren vollen Umfang.

Die Frage der Resolutions der Konferenz ist die Schiedsgerichtsfrage. Die Einlegung eines permanenten, obligatorischen Schiedsgerichts für alle Fälle läßt sich der gänzlichen Abschaffung des Krieges nahe und ist daher auch nicht zu erwarten. Die Großmächte, welche in dieser Kardinalfrage das Opfer ihrer überlegenen Kraft zu bringen haben, zeigen sich, wie es scheint, bis vor ganz kurzem hierin sehr zurückhaltend, und zwar sollte der deutsche Delegierte Horn gerade heraus erklärt haben, daß Deutschland auf die Schiedsgerichtsfrage nicht eintreten könne. Einjährige Heeren besitzen sich, diese Erklärung einzuwickeln und abzuschwächen, und am Montag meldete der Telegraph, daß die von Deutschland aufgeworfenen Schwierigkeiten als beseitigt gelten können.

Die endgültige Erklärung der Lage wird nach einer Neuterklärung von einem direkten Eingreifen des deutschen Kaisers erwartet. Das genannte Bureau meldet: "Man glaubt, daß neue Schiedsgerichts-Schemata, wonach die Gerichte in dem die Leitung eines dort zu errichtenden permanenten Bureau's übernehmen, sei von allen Großmächten an-

genommen; man erwarte nur noch die Entscheidung des deutschen Kaisers, ehe man die Einzelheiten anordne. Die deutsche Regierung sei anfänglich im Prinzip einem organisierten Schiedsgericht in jeder Form entgegen gewesen; in diesem Sinne wurden die deutschen Delegierten instruiert. Man hätte auch die Ueberzeugung in Berlin, daß andere Mächte, namentlich Frankreich, ihre Delegierten ebenso instruieren würden. Während der Sitzungen der Konferenz machte sich aber ein verächtlicher Geist geltend, und der Wunsch, ein bedeutendes und nützlich Werk zu vollbringen, trat mehr und mehr hervor. Als die Pläne des permanenten Schiedsgerichts zur Verhandlung kamen, machten die deutschen Delegierten die Haltung ihrer Regierung, deren Ueberzeugung nicht in ihrer Macht lag, bekannt. Persönlich bedauerten die deutschen Delegierten durchaus das Bestehen, verständig zu sein. Sie merkten, wozu die Verhandlungen zielten, und waren überzeugt, daß Deutschland nicht die Verantwortung übernehmen könne, das Hauptergebnis derselben zum Scheitern zu bringen.

Um der Situation ein Ende zu machen, entschloß sich Graf Münster nach einer langen Beratung, welche er mit den andern deutschen Delegierten in Scheveningen hatte, Jön und Stengel nach Berlin reisen zu lassen, um den Kaiser persönlich über die Lage der Dinge zu unterrichten. Diese Reise wurde beschloffen, um möglichst Verlust zu vermeiden. Man glaubt, mündliche Erklärungen werden am schnellsten zu einer Entscheidung führen.

Die deutschen Delegierten sind überzeugt, daß die Reichsregierung nicht ein für allemal ein obligatorisches Schiedsgericht annehmen wird; doch ist das gegenwärtige Schema von den deutschen Delegierten angenommen, nach dem Wits häufige Konferenzen darüber mit dem Grafen Münster gehabt hat. Die gegenwärtige Frage ist nun, ob der deutsche Kaiser zustimmen wird oder nicht. Die Verhandlungen der Konferenz über diesen Gegenstand bleiben insoweit suspendiert.

Das in Auge gefaßte Projekt steht die Schaffung eines unter der Aufsicht der Mächte stehenden wenig zahlreichen permanenten Bureau's im Haag vor. Im Falle von Differenzen zwischen zwei Staaten und auf Verlangen dieser Mächte wären die Vertreter im Haag beauftragt, einen Schiedsgerichtshof zur Beurteilung der Differenzen zu bilden. Es würde somit kein permanentes Schiedsgericht geschaffen, sondern es müßte ein Verfahren aufgestellt, um ein Schiedsgericht zu bilden, wenn sich Gelegenheit bietet. Das Schiedsgericht wäre in allen Fällen fakultativ.

Dieses Friedensbureau kann nach den Umständen als eine sehr harmlose, papierenes Schöpfwerk erweisen; hätte es aber einmal einen positiven Erfolg hinter sich, so könnte es wohl als entwicklungsfähig betrachtet werden.

Neben solchen größeren Fragen gehen kleinere gelöst einher, die keinen weltgeschichtlichen Charakter aufweisen, aber doch mit zur Sache gehören. So wurde am 17. d. d. den Delegierten eine glänzende Feiertag, ein Kunstabend bereitet. Orchester- und Solovorträge wechselten ab mit Tanzaufführungen und vorzüglich gelungenen lebenden Bildern. Die katholischen Mitglieder der zweiten Kammer hatten zum erneuten Ausdruck ihres Protestes gegen die Ausschließung des Papstes von der Konferenz die Einladung der Regierung nicht angenommen.

Auch sonst fehlt es nicht an kleinen Dissonanzen. Wie man wollen die besagen? Ist es doch schon ein Erfolg, daß sich die Mächte zu einer Uebereinkunft über den Frieden überhaupt herbeigelassen haben.

Schweiz.

— **Edgen. Gemeindefchule in Gerisau.** Die "Zürcher Post" bemerkt zu der Bundesratsfrage: "Wenn zum Sig der Bundesrat machen, bedeutet ebenso viel, als in Gerisau eine Gemeindefchule gründen."

— **Ein guter Gedanke.** In der Schweiz ist es bekanntlich vielfach Brauch, Kinder der weltlichen und der deutschen Zunge für einige Zeit

auszutauschen, damit sie die fremde Sprache praktisch erlernen. Dr. Professor Golay in Locle schlägt nun vor, zum nämlichen Zweck ganze Gruppen von Schülern während der Ferien zwischen der französischen, deutschen, vielleicht auch der italienischen Schweiz auszutauschen. Er hat sich auch bereits nach Unterstufung des Oberans umgesehen und sie bei Dr. Mige, dem Direktor der St. Galler Industrieschule, gefunden. Trifft der Vorschlag beim Publikum auf gleich guten Boden, so kann der erste Austausch solcher Sprach-Ferienkolonien schon in diesem Sommer zwischen Locle und St. Gallen stattfinden.

Die Kosten wären offenbar sehr gering. An die Stelle des Pensionpreises tritt der gleichwertige Unterhalt eines Schülers aus dem andern Sprachgebiet; die Reisekosten werden dadurch erheblich vermindert, daß ganze Gruppen zusammen reisen und die ermäßigte Lage für Schulen genießen. Man berechnet die Ausgabe für Hin- und Rückfahrt auf höchstens 15 Franken. Die jungen Leute erhalten jeden Morgen während ihres Aufenthaltes in St. Gallen eine oder zwei Stunden deutschen Unterricht durch einen Lehrer; natürlich sollen das mehr praktische Übungen als Grammatikstunden sein. Zu dem Nutzen dieses Ferienaufschlusses kommt die Annehmlichkeit einer Schweizerreise, die den Schülern einen ansehnlichen Teil der Heimat erspart.

Das Projekt ist von den Schulbehörden von Locle bereits gutgeheißen worden, und in Gené hat sich die Erziehungsdirektion ernstlich der Sache angenommen.

Die Vorteile eines solchen Ferienaufschlusses sind so leicht erkennbar, daß der Versuch sich unter allen Umständen rechtfertigt. Der Nutzen beschränkt sich, bemerkt die "Zürch. P.", nicht auf die sprachliche Ausbildung, für die ja die Zeit zwischen 14-16 Jahren die günstigste ist, der Aufenthalt würde geistig allgemein anregend wirken, den jungen Leuten den Horizont erweitern, sie mit neuen Verhältnissen, andern Anschauungen in Berührung bringen. Für die Erziehung unserer Jugend wäre diese geistige Bereicherung von unschätzbarem Nutzen.

Unz. r. Die Schweizerische Depeschen-Agentur

melbet den Wählern aus Luzern: "Da die städtischen Metzgermeister das Vieh-Einfuhrverbot der Regierung mit einem Preisauflage beauftragt haben, erklärten sich die Bauernvereine und Genossenschaften laut dem "Waterland" bereit, die Lieferung einheimischer Schlachtmere an den städtischen Konsumverein zu besorgen, falls die Metzgermeister ihnen ihr Vieh nicht abkaufen."

Wie ist jetzt dieses Vorgehen nur in Aussicht gestellt. Uebrigens wird im "Waterland" vermeldet, daß das Schweizerische Landwirtschafts-Departement jede Einfuhr von Klauenvieh aus Frankreich verboten habe. Auch die Orme gegen Italien, wo es mit der Grenzpolizei schlecht bestellt sei, werde wohl bald gespart werden.

Es wird ferner in Abrede gestellt, daß ein Preisauflage durch die Verhältnisse gerechtfertigt sei.

— **Kom. schweizerische Schieds- und Wagnereinterverband.** Der letzte Sonntag in Zünz tagte, in Luzern als Ort für die nächstjährige General-Versammlung bezeichnet worden.

— **Dr. Werner Niklaus Zimmermann** in Mafhusen behauptet im "Volksblatt", wie hätte eine Verzichtung von ihm nicht angenommen. Die angebliche Verzichtung bestand im Wertpreis von 100 Fr. Verletzung an denjenigen, der beweisen könne, er habe jedem liberalen Bürger, den er auf seinen Qualifikationsreisen getroffen, die Stimmliste gezeigelt. Das Verzichtsthema war etwas zweifelhaft formuliert und erinnerte an gewisse Worte und dergleichen. Wir hätten schon deshalb die besterklärte Verzichtung nicht für ernsthaft angenommen. Sie erschien übrigens im "Volksbl.", und unser Einflußer entgegnete darauf.

Wie weit er der Eifer des Hrn. Pfarres gegen die liberale Presse gebracht, zeigte sich am 4. Juni. Jähren Sie so fort, Dr. Pfarre!

Am Schützenfest in Langenthal

haben folgende Luzerner Schützen gute Resultate erzielt:

19. Juni. Gewehr. "Blitz": 5. Wähler L. Roggislwil, 47/37 P. — "Mare": 3. Hofstetter G., Gscholzmatt, 1614 P. — "Oberaar": 2. Kategorie: 6. Postetter G., Gscholzmatt, 144 P.

Revolver. "Jura": 1. Kat.: 1. Studer G. Gabr., Gscholzmatt, 868 P. 2. Siegmart G., Arch. Luzern, 864 P. 2. Kategorie: 1. Studer G., Gscholzmatt, 96. — Serienlich: 2. Anderhub L., Luzern, 62 Nummern; 3. Studer G., Gscholzmatt, 62 Nummern. — Gruppenwettbewerb: 1. Siegmart G., Luzern, 207 P.

Zürich. (Korr.) Im Kantonsrat gelangte am Montag die Vorlage des Regierungsrates betreffend den Verkauf des Gutes zum Reischberg zur Verhandlung. Diese befristete Eigenschaft hat einen Flächeninhalt von 8515 Quadratmetern und kommt auf eine Million zu stehen; die Kaufsumme wird laut Uebereinkunft in 3/4 %igen Staatsobligationen des Kantons Zürich bezahlt. Die Vorlage wurde genehmigt. Wichtigkeit erfolgte die Einladung an den Regierungsrat, bevorzuehlich über die definitive Verwendung des Gutes Bericht und Antrag einzubringen. Sobald dies geschehen und bestimmte Projekte vorliegen, sollen dieselben der Volksabstimmung unterbreitet werden.

Der Regierungsrat legte dem Kantonsrat eine Verordnung betreffend die private Zensurpflicht vor. Es wurde von einer Seite Nicht-Eintreten beantragt; sei man nun schon seit langen Jahren ohne eine Verordnung ausgekommen, so werde das wohl auch in Zukunft möglich sein! Angesichts der notorischen Ueberfüllung der Staats-Anhalten dürfte man froh sein, daß private Anhalten bestehen, und man solle diese nicht durch unbillige Reglementationen in ihrer segensreichen Tätigkeit hemmen oder beeinträchtigen. Dem gegenüber wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Verordnung, die nur zum Zweck habe, Mißbräuchen und Uebelständen zu steuern, dazu beitragen werde, gut geleitete Privatankalten zu fördern. Bei der Detailberatung wurden das Maximum der angebotenen Polizeibühne für Uebererinnungen von 600 auf 2000 Fr. erhöht. Die Verordnung wurde angenommen.

Der Kantonsrat wird am 10. Juli wieder zusammenzutreten.

— **Die Jubiläumfeier des Technikums** in Winterthur verlief unter massenhafter Beteiligung ehemaliger und jetziger Schüler großartig.

— **Bern. * Centralschweizerisches Schützenfest** 19. Juni. Der zweite Festtag wurde einigermaßen durch das zweifelhafte Wetter beeinträchtigt; doch war der Schießstand fortwährend gut besetzt. Am Mittagsbankett, welches wie das gestrige durch die Fremde Zug und Umgang vortrefflich serviert wurde, begleitete die Wägen von Welschnau in kräftigem Verweidlich die Langenthaler für die gute Anordnung des Festes und leitete den Geist der Wechselsichtigkeit und Mäandlichkeit, welchen das Schweizervolk hochhalten mußte, wenn auch vom Haag her gegenwärtig Friedensstille durch die Lande läuten.

Die Ehrengaben stehen gegenwärtig auf der Höhe von 10,500 Fr. Wie erwähnt als Ausnahme von der Regel, daß keine Ehrengabenliste publiziert wird. Dienstag langen die Konstanzer an, deren tägliche Konzerte gewiß eine große Anziehungskraft ausüben werden.

— **Munitionsverbrauch:** 17,070 für Gewehr; 2780 für Revolver; — **Rekrutenverbrauch:** 17,100 für Gewehr; 2880 für Revolver.

— **Baselstadt.** Die Volksabstimmung über den Umbau des Rathhauses ist, wie gestern bereits berichtet, zu gunsten des regierungsrätlichen Projektes ausgefallen, indem dafür 8526 Stimmen fielen, dagegen nur 3456. Von 16,000 Stimmschlägen übten nur ca. 6000 ihr Recht aus, also ca. 40 %, eine sehr geringe Beteiligung. Das beste Zeugnis für das Regierungsjahr ist der Umstand, daß die Zahl derjenigen, welche das Referendum andeuten, bei der Abstimmung